

Rundbrief Nr. 5/2012

vom 19.06.2012

Heute stehen zwei aktuelle politische Gestaltungsaufgaben im Vordergrund der politischen Tagesdiskussion:

Bis 2025 fehlen Deutschlands Wirtschaft drei Millionen qualifizierte Mitarbeiter (SZ. v. 6. 6. 2012).

Der Deal der Koalition in Berlin zum Betreuungsgeld.

In beiden Fällen vermissen wir eine gründlichere Analyse, die auch die langfristigen Wirkungen mit einbezieht. Deutschland stellt die Weichen falsch und lädt sich existentielle Probleme für die Zukunft auf. Zumindest im ersten Falle sollten wir es besser wissen.

### 1. Deutschland fehlen 3 Millionen qualifizierte Mitarbeiter

Braucht Deutschland tatsächlich mehr qualifizierte Facharbeiter, als es selbst in der Lage ist, aus der eigenen Bevölkerung zu rekrutieren? Gibt es nicht eine Grenze für wirtschaftliches, besonders industrielles Wachstum, die einerseits durch die Nachfrage nach dessen Produkten gegeben ist, andererseits durch das Angebot an eigenen Arbeitskräften entsprechend deren Qualifizierung? Welche Probleme entstehen, wenn wir darüber hinaus wachsen und vor allem, welche Probleme bekommen wir bei einer erneuten Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer? Es kämen ja nicht nur Arbeitskräfte – wenn sie denn kämen - , es kämen Menschen nicht nur mit ihren eigenen Ansprüchen, es kämen auch Familien mit Kindern, die zu integrieren wären. Bei 3 Mio zusätzlichen ausländischen Arbeitnehmern müssten wir mit über 8 Millionen zusätzlichen Menschen rechnen, deren zusätzliche Nachfrage nach privatem Konsum und öffentlichen Gütern das zusätzliche Wachstum wahrscheinlich überkompensieren würde. Ist das alles vergessen? Norbert Blüm musste seinen Vorschlag, die Ausländer nach Hause zu schicken und ihnen die erworbenen Rentenansprüche bar auszuzahlen schnell wieder zurückziehen, denn es wären nicht nur 2,5 Mio. Arbeitskräfte nach Hause gegangen, sondern jene 7 Mio ausländische Wohnbevölkerung. Der Einbruch im Wirtschaftswachstum hätte zu gewaltigen Problemen geführt.

Wir haben ein Stabilitätsgesetz, auf das nicht nur die Politiker verpflichtet sind, danach haben wir u. a. eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, nach der es mittelfristig zu einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht (Ausgleich der Leistungsbilanz) kommt und ein hoher Beschäftigungsstand erreicht wird. Deutschland ist ein chronisches Exportüberschussland, es definiert sogar seine eigene internationale Wettbewerbsfähigkeit nach diesen Außenhandelsüberschüssen, obwohl sie genau das Gegenteil bedeuten. Deutschland ist nicht wettbewerbsfähig, weil es aufgrund seiner Stärke „seine Nachbarn zu Bettlern macht“ (beggar my neighbour policy, so nennen das die Ökonomen). Im Augenblick baut sich ja in Europa jene Gegenwehr auf, die diese Dominanz der Deutschen, die sich insbesondere in der Euro-Schulden-Krise wieder offenbart, brechen will. Wir täten gut daran, uns zu überlegen, wie wir eine sinnvollere Wirtschaftspolitik in Gang setzen können, die den Vorgaben des Stabilitätsgesetzes entspricht.

In der Koalitionsvereinbarung steht wieder jener Satz, mit dem sich bisher alle Regierungen selbst den Blick für die Realitäten verbauen: „Die wirtschaftliche Entwicklung im Saarland hängt im Wesentlichen von der Entwicklung seiner industriellen Basis ab. Wir bekennen uns daher zum Industriestandort Saarland, im Rahmen der politischen, rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten werden wir alles tun, um die industrielle Basis zu stärken und zu fördern.“

Da das alles unter dem Vorbehalt der Schuldenbremse steht, ist dieses Versprechen schon außer Kraft, bevor die neue Regierung ihre Arbeit aufnimmt, aber selbst wenn das einzuhalten wäre. Mit

der Stärkung der industriellen Basis und ihrer Förderung sind unsere Probleme nicht mehr lösbar. Marktvermittelte Arbeitsplätze, und dazu gehören die Industriearbeitsplätze, machen allenfalls 1/6 der geleisteten Arbeitsstunden aus und sind angesichts der Entwicklung der Arbeitsproduktivität immer weniger an der wirtschaftlichen Entwicklung des Saarlandes beteiligt. Damit soll nichts gegen den Industriestandort gesagt werden, nur zur Lösung unserer Probleme kann der immer weniger beitragen.

Dazu beitragen könnte ein höherer Beschäftigungsstand für die erwerbsfähige Bevölkerung, die ja zur Zeit, wenn man sie auf Vollzeitäquivalente hochrechnet, mit ca. 23 Mio Arbeitsplätzen nicht gegen entsprechende Bruttoeinkommen tätig ist. Darin sehen wir die Ursachen auch der Staatsverschuldung, denn es sind nicht nur diese 23 Mio fehlenden Steuer- und Beitragszahler, die die öffentlichen Kassen belasten, diese müssen ja auch zumindest auf einem sozial-kulturellen Existenzminimum mit öffentlichen Geldern bedient werden. Unser Sozialbudget von ca. 290 Mrd. € könnte insoweit „eingespart“ werden, als wir bei diesem Personenkreis die Anspruchsvoraussetzungen durch Beschäftigung wegfallen lassen würden.

Auch hier bieten sich zwei Strategien an, die in Deutschland bisher nicht diskutiert, ja verdrängt werden.

Neue Wachstumsfelder, in denen Menschen mit anderen Qualifikationen Arbeit finden, vor allem wenn wir dafür auch die Berufsbilder und die Aus- und Fortbildungssysteme entwickeln würden: Erziehung, Pflege, Bildung, Gesundheit.

Der technische Wandel, der zu immer mehr Arbeitsproduktivität und Wegfall von Arbeitsplätzen im industriellen Sektor führt, muss auch in Richtungen gelenkt werden, dass Menschen mit ihrem Begabungspotential dort hineinpassen.

Ich möchte nicht missverstanden werden. Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern und eine in der Menge angepasste ausländische Wohnbevölkerung sind eine Bereicherung für unser Land. Sie werden auch zunehmen, soweit Deutschland eine entsprechende Aufnahmekultur entwickelt. Sie darf aber nicht ökonomistisch missbraucht werden als Stellschraube, an der je nach von der „Wirtschaft“ signalisiertem Bedarf einfach nur gedreht wird.

## 2. Der Deal der Koalition zum Betreuungsgeld.

Und damit zum Deal der Koalition zum Betreuungsgeld. Es gibt gute und viele Gründe, die gegen das Betreuungsgeld in seiner jetzigen Form sprechen. Darüber muss sachlich diskutiert werden.

Zunächst muss geklärt werden, wo langfristig der Weg hingehen soll. Zu einer wirklichen Anerkennung der Erziehungsleistung der Eltern bzw. von Personen, die im Auftrag der Eltern die Erziehungsaufgabe tatsächlich wahrnehmen, muss es den Charakter eines Erziehungseinkommens bekommen, und das heißt, es muss brutto gestaltet werden. Wenn man sich die Mühe machen würde, ein Brutto-Erziehungseinkommen auf seine volkswirtschaftlichen und fiskalischen Wirkungen, besonders auf die Entwicklung der Staatsverschuldung zu berechnen, würde man ja sein blaues Wunder erleben. Wenn Bernhard Bernarding in seinem Kommentar in der SZ vom 6.6.2012 „Im Schlaraffenland“ meint, „Die Dreistigkeit, mit der hier Steuergelder verschwendet werden, allen Sparpaketen und Sonntagsreden zum Trotz, macht fassungslos“, dann hat er nichts von makroökonomischen Zusammenhängen verstanden.

Aber selbst wenn man nicht auf diesem Niveau diskutieren will, warum fragt er nicht danach, was mit jenen 2/3 an Kindern und ihren erziehenden Eltern geschehen soll, die bei der Kita-Betreuung überhaupt nicht vorgesehen sind, weil sie sich schon anders entschieden haben? Wenn die Nicht-Einführung des Betreuungsgeldes dort den Anreiz setzt, nun doch einen Kita-Platz einzufordern, was

ja die GegnerInnen des Betreuungsgeldes möchten, woher sollen die um das zehnfache teureren Kita-Plätze kommen und woher sollen die jetzt schon nicht vorhandenen Fachkräfte für diese zusätzlichen Kitas kommen.

Zeitungsredakteure sollten sich vor populistischer Stimmungsmache hüten. „Millionäre dürfen kassieren, Hartz-IV-Empfänger dagegen kriegen keinen Cent, dafür sollen nunmehr Langzeitarbeitslose genau jene Kinder betreuen, für die professionelle Betreuer fehlen...“ Ich habe das Vertrauen in die Wählerinnen und Wähler, dass sie jene Politiker abstrafen, die solch unüberlegten Vorschläge in die Öffentlichkeit lancieren. In der Sache darf Betreuungs- oder Erziehungsgeld nicht an Bedarfsprüfungen geknüpft werden, es ist Bezahlung für Leistung, und deshalb muss es bei Hartz-IV-Empfängern als Einkommen der Bedarfsgemeinschaft angerechnet werden. Wer hier Entlastung will, kann die auch anders begründen. Diese Argumentation liegt auf demselben Niveau, wie bisher den Müttern vorgeworfen würde, sie würden dieses Geld nicht für die Kinder, sondern für sich selbst ausgeben. Mit Verlaub: Dazu ist es gedacht, so wie jedes andere Einkommen aufgrund von eigener Arbeit für den Empfänger gedacht ist.

### 3. Koalitionsvereinbarung und Regierungserklärung der neuen saarländischen Regierung

Wenig Überraschungen bieten die Koalitionsvereinbarung und die Regierungserklärung. Während die Bildungspolitik keine entscheidenden Veränderungen erfährt und eine gewisse Priorität genießt, ist das einzig wirklich Neue, dass sich wohl die „Grünfraktion“ in der CDU durchgesetzt und das von Jamaika geplante neue Jagdgesetz gekippt hat. Wald und Wild sollen nun in einem fairen Interessenausgleich geregelt werden, keine Rede mehr davon, dass der Wald und seine nachhaltige Entwicklung Priorität haben soll und die Wildbestände sich an dieser Zielsetzung zu orientieren haben. Vielleicht kommt ja nun von einer anderen Seite Rückenwind für den Schutz des Waldes: Die „Biomasse-Potenzialanalyse für das Saarland“ rückt den Wald und das Holz als regenerierbare Energie endlich in den Blickpunkt der Politik.

Die Projektgruppe Wald-Wild-Konflikt hat letzte Woche ihre Homepage online geschaltet und wird sich dieser Thematik weiterhin konsequent widmen: [www.wald-wild-konflikt.de](http://www.wald-wild-konflikt.de).

Aber dafür wurde ja nicht neu gewählt. Bleibt das Bemühen, eine Mehrheit für die geplante Verfassungsänderung für die Aufnahme der Schuldenbremse zu gewinnen. Hier kann man aber nur zur Vorsicht mahnen. Wenn tatsächlich die Schuldenbremse scheitert, was ja nicht nur der Oppositionsführer Lafontaine voraussagt, wäre das Saarland dann wirklich ohne Alternative, weil in der Verfassung festgezurr.

Bleibt das Hauptanliegen dieser Koalition: Die Sicherung der Eigenständigkeit des Saarlandes durch strikte Einhaltung des „mit dem Stabilitätsrat vereinbarten Sanierungsprogramms unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Vorgaben, wozu auch das Gebot von gleichwertigen Lebensverhältnissen zählt.“. Das Ziel scheint bei allen unbestritten, aber ist das jetzt der richtige Weg.

Es werden jährliche Konsolidierungsbeiträge von 65 Mio € Jahr für Jahr ansteigend, also im letzten Jahr der Konsolidierungsphase (2020) 585 Mio € fällig. Dasselbe Ziel, ab 2020 keine neuen Schulden mehr, ist für die Kommunen definiert. Alle Ausgaben bis dahin stehen unter diesem Vorbehalt, d. h. sind äußerst fraglich.

Auf der Wahlkundgebung in Losheim in Anwesenheit des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, haben die dort anwesenden Vertreter der saarländischen CDU auf meine Anfrage, was zu geschehen habe, wenn die Schuldenbremse nicht greift, etwa ab 2016, erklärt, es gehe zunächst darum, Wohlverhalten zu zeigen. Wenn es dann trotz unserer ernsthaften Anstrengungen nicht gelingt, die

Schuldenbremse einzuhalten, und wir uns nicht vorwerfen lassen müssen, dass wir uns leichtfertig verhalten haben, dann können wir in neuen Verhandlungen nach 2016 zumindest erreichen, dass die Hilfen des Bundes und der anderen Geberländer nicht gestrichen oder gar zurückgefordert werden.

Das Saarland wird also in den nächsten Jahren den Musterknaben spielen müssen und deutschlandweit als das „Armenhaus Deutschlands“ dargestellt, wahrlich keine guten Voraussetzungen für die neue Image-Kampagne der neuen Landesregierung.

Es ist hier nicht der Ort, die einzelnen in der Koalitionsvereinbarung enthaltenen Spar- bzw. Konsolidierungspotentiale aufzulisten und im einzelnen zu kritisieren. Was die Wirkungen der Stelleneinsparungen betrifft, haben wir im letzten Rundbrief bereits dargelegt, dass dieses Projekt kontraproduktiv ist. Auch die bisher unterstellte gute weitere wirtschaftliche Entwicklung über den ganzen Betrachtungszeitraum bis 2020 ist ein dünnes Eis. Alles in allem ist nicht zu sehen, wo die 585 Mio € im Jahre 2020 herkommen sollen, die als Konsolidierungsbedarf im Raume stehen.

Uns scheint im jetzigen Zeitpunkt wichtig nicht hinzunehmen, dass das alles ohne Alternative sein soll. Wir haben eine Alternative vorgelegt. Vielleicht ist dann 2016 die Situation da, wo man sich bequem, darüber wenigstens zu diskutieren.

#### 4. Übrigens:

Präsident Driftmann vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag hat das Betreuungsgeld laut Wirtschaftswoche scharf kritisiert. Das Geld setze falsche Anreize und fördere noch, dass Frauen zu Hause bleiben statt in die Arbeit zurückzukehren.

<http://www.wiwo.de/politik/deutschland/betreuungsgeld-dihk-praesident-uebt-massive-kritik-am-betreuungsgeld/6727050.html>

Neben seiner Verbandsfunktion ist Driftmann übrigens persönlich haftender Gesellschafter eines großen Herstellers von Haferflocken: <http://www.koelln.de/impressum/>

Für deren Anwendung im Bereich der Babynahrung wirbt das Unternehmen bei Müttern mit den Worten: "Mit Ihrem Baby erwartet Sie jetzt [...] die große Aufgabe, es bei der Entdeckung all der kleinen und großen Wunder dieser Welt zu begleiten."  
<http://www.koelln.de/ernaehrungsberatung/baby/>

(Aus Familienbund der Katholiken in Bayern, [www.familienbund-bayern.de](http://www.familienbund-bayern.de), vom 10. Juni 2012.

Mettlach, 10. Juni 2012

Hans Ludwig